

## John Stuart Mill

---

Mit John Stuart Mill (1806–1873) rückt nun ein Theoretiker in den Fokus, dessen Leben, Werk und Rezeption in vielerlei Hinsicht beeindruckend ist: Geboren als Sohn des Ökonomen, Historikers und utilitaristischen Philosophen James Mill kam er bereits in der frühen Kindheit in Kontakt mit den zentralen Gegenständen intellektueller Auseinandersetzung seiner Zeit. In Form eines ebenso anspruchsvollen wie strengen Erziehungsexperiments brachte der Vater seinem Sohn bereits im Alter von drei Jahren die altgriechische Sprache bei. In seinem achten Lebensjahr lernte er nicht nur die lateinische Sprache, sondern studierte auch die griechischen Dichter und die höhere Mathematik. Die jungen Jahre John Stuart Mills waren demzufolge in erster Linie durch die Erziehung seines Vaters geprägt. Er bekannte sich zu den utilitaristischen Positionen, die James Mill und dessen enger Vertrauter Jeremy Bentham vertraten. Erst nach einer »seelischen Krise«, einer schweren Depression im Alter von 20 Jahren, die er – wie auch seine Erziehung – in seiner Autobiographie beschreibt (vgl. AB: 3–31), kommt es zu einer vorsichtigen Distanzierung von deren Ideen. Im Anschluss machte sich Mill als Vertreter eines »qualitativen Utilitarismus« einen Namen. Darüber hinaus entwickelte er sich zu einem der wichtigsten, wenn nicht in den Augen vieler sogar dem wichtigsten Autor eines *liberalen* Verständnisses von politischer Ökonomie, Philosophie und demokratischer Politik.<sup>1</sup> Mills Denken ist dadurch charakterisiert, dass er sich stets bereit zeigte, auch von ideologischen Gegnern zu neuen Erkenntnissen zu übernehmen (vgl. Kuenzle/Schefczyk 2009: 19).<sup>2</sup> Vor diesem Hintergrund ist sein Denken – mitunter auch von ihm selbst – als »eklektisch« (vgl. CW XII: 42) bezeichnet worden (vgl. Hamburger 1965: 105, Harrison 2011: 298, Gray 1979, Kuenzle/Schefczyk 2009: 19).<sup>3</sup> Tatsächlich

---

1 Dabei wird er beispielsweise als »pioneer of democratic liberalism« (Schapiro 1943: 151) bzw. als ein Denker begriffen, der »a decisive role in the development of modern liberalism, especially as it accommodated itself to democracy« (Eisenach 1998: 2) gespielt habe. Zum Einfluss Mills als Begründer einer spezifischen Spielart des Liberalismus siehe außerdem Kelly/Varoukakis (2010: 1–11).

2 Mill selbst stellt dieses Vorgehen in *Über die Freiheit* vor (vgl. ÜF: 70, 76).

3 Als besonders scharfer Kritiker dieser Methode hat sich Mills Zeitgenosse Karl Marx hervorgehoben: »Herr J. St. Mill versteht es, mit der ihm geläufigen eklektischen Logik, der Ansicht

hat Mill seine philosophischen und politischen Positionierungen im Laufe seines Lebens immer wieder neu überdacht, reformuliert sowie auch teilweise stark abgeändert, was manche Interpret:innen dazu verleitet hat, sein Werk in unvereinbare Bestandteile zu zergliedern.<sup>4</sup>

Philosophisch und politisch bewegte sich Mill zunächst im Fahrwasser der *philosophical radicals*<sup>5</sup> um Jeremy Bentham und James Mill. Im Laufe der Jahre begann er aber, sich von deren Idealen zu emanzipieren und teilweise abweichende Ansichten zu vertreten.<sup>6</sup> So wird in der Mill-Forschung nach Robson (1968) zwischen drei Schaffensphasen Mills unterschieden: In der ersten Phase (1809–1826/7) waren Mills intellektuelle und politische Tätigkeiten noch stark von den *radicals* geprägt. In der zweiten Phase (bis 1840) ließ er sich nach seiner »seelischen Krise« von den Positionen sowohl konservativer wie sozialistischer Autoren sowie nicht zuletzt seiner späteren Ehefrau Harriet Taylor inspirieren, welche die von ihm so genannte »Revolution« in seinem Denken begleiteten. In der dritten Phase, die Robson auf den Zeitraum von 1840 bis zu Mills Tod 1873 datiert, wird seine Philosophie als ausgereift bezeichnet. Wie Robson werde mich hier in erster Linie auf den »reifen« Mill beziehen

---

seines Vaters J. Mill und zugleich der entgegengesetzten zu sein. Vergleicht man den Text seines Kompendiums: ›Princ. of Pol. Econ.‹, mit der Vorrede (erste Ausgabe), worin er sich selbst als Adam Smith der Gegenwart ankündet, so weiß man nicht, was mehr bewundern, die Naivität des Mannes oder die des Publikums« (MEW 23: 138f.). Manche heutige Kommentator:innen heben den »Eklektizismus« demgegenüber als originelle Methodik positiv hervor (vgl. bspw. Arneson 1982: 243).

- 4 Paradigmatisch für diese Interpretationslinie steht die Einordnung von Mills zeitgenössischem Kritiker James F. Stephen sowie Gertrude Himmelfarbs (1974) These der »zwei Mills« (vgl. Höntzsch 2010: 12f.). In dieser »traditionellen« Lesart steht das »Mill-Problem« der (scheinbaren) Unvereinbarkeit zwischen Mills utilitaristischen und liberalen Werkselementen im Zentrum (vgl. Schefczyk 2011). Später wird jedoch vor allem die Einheit des Werkes konstatiert (vgl. Robson 1968, Ryan 1970). Diese nach Gray (1979) »revisionistisch« genannten Ansätze haben sich heute durchgesetzt, wobei sie immer noch, wie Höntzsch (2010: 14f.) konstatiert, einseitig liberal oder autoritär gedeutet werden. Im Anschluss an Höntzsch werde ich in dieser Arbeit argumentieren, dass beide Elemente bei Mill in einer eigentümlichen Version des Liberalismus zusammenfließen. Während Höntzsch dies ausgehend von Mills Menschenbild auf breiter thematischer Basis anhand seiner Schriften zu Utilitarismus, Freiheit und Demokratie begründet, werde ich mich auf die institutionentheoretischen und -politischen Schriften Mills beschränken, in denen auch das autoritär-paternalistische Element des Liberalismus hervortritt.
- 5 Die »philosophical radicals« (im Folgenden kurz »radicals«) waren eine progressive politische Gruppierung, die sich im 19. Jahrhundert um Jeremy Bentham und James Mill abseits der etablierten Parteiströmen konstituiert hat. Auf die Inhalte ihrer Politik gehe ich auf später genauer ein, auf die *radicals* als politische Partei ebenfalls, siehe Kapitel 4.
- 6 Mill hat sich nach eigenen Angaben nie vollends von den Idealen der *radicals* abgewendet, sondern diese unter Anwendung seines »eklektischen« Prinzips mit neuen Erkenntnissen zu vereinen versucht (vgl. AB: 163, 187, siehe dazu auch Hamburger 1965: 104–110).

und nur dann ergänzend auf Schriften des früheren Mill zurückgreifen, wenn diese zur Erhellung der Entstehung seiner im späteren Werk bezogenen Positionen beitragen (vgl. Robson 1968: VIII). Neben den werksimmanenten Gründen der Reifung seines Denkens spricht auch die hier angestrebte Untersuchung der Ermöglichung und Einschränkung effektiver Partizipation in den auf Institutionen bezogenen Teilen von Mills Demokratietheorie für eine Fokussierung auf die Zeit nach 1840. Erst in dieser Zeit setzt sich Mill in Schriften wie den *Gedanken über die Parlamentsreform* oder *Über die Repräsentativregierung* intensiv mit diesen Fragen auseinander. Komplementär dazu zeigt sich in den neueren Auflagen der *Prinzipien der politischen Ökonomie*<sup>7</sup> und den posthum erschienenen *Chapters on Socialism* ebenfalls ein Wandel von Mills sozialpolitischen Überzeugungen, die ihn dazu verleiten, manche liberale Prinzipien wie das Privateigentum zumindest teilweise infrage zu stellen (vgl. Kuenzle/Schefczyk 2009: 188).

Spricht man über Mills Schriften nach 1840, so sind diese nicht ohne den Einfluss seiner lebenslangen Freundin und späteren Frau Harriet Taylor zu denken.<sup>8</sup> Mit ihr gemeinsam trat er für die gesellschaftliche und politische Gleichstellung der Frauen ein – zunächst meist auf publizistischer Ebene, später aber auch als Abgeordneter im britischen Unterhaus, dem Mill von 1865–1868 angehörte. In der Zeit der intensiven gemeinsamen Arbeit mit Harriet Taylor fand Mills eigenen Angaben zufolge auch eine Annäherung an sozialistische Ideen statt.<sup>9</sup> Kurioserweise distanzierte er sich gleichzeitig von den Demokratisierungsbestrebungen, die er noch in der ersten Schaffensphase gemeinsam mit den *radicals* vertreten hatte. In seiner Autobiographie bringt Mill diesen Wandel in folgenden zwei Sätzen auf den Punkt, die paradigmatisch für sein Denken in dieser Zeit stehen – zumindest, was seine Selbstwahrnehmung betrifft:

»Kurz: ich war ein Demokrat und keine Spur von einem Sozialisten. Jetzt waren wir [Mill und Harriet Taylor] viel weniger Demokraten, als ich es vorher gewesen war, weil wir, so lang die Erziehung fortfährt, so kläglich unvollkommen zu sein, die

7 Ab der in der dritten Auflage von Mill selbst vorgenommenen Überarbeitung der *Prinzipien* wird Sozialismus »as a viable alternative to capitalism« (Claeys 2022: 35) vorgestellt.

8 Mill bemerkt dazu in seiner *Autobiographie*, dass die Diskussionen über die Autorschaft der »sozialistischen« Textabschnitte irreführend seien, weil er seine Texte selbst als gemeinsame Anstrengung beider begreife (vgl. AB: 196)

9 Vor allem die Zeit, der Ehe der Mills gilt als die Periode, in der die sozialistischen Anwendungen am stärksten hervortreten (vgl. Claeys 2022: 35). Sie mündete in der dritten Auflage der *Prinzipien der politischen Ökonomie*, in der vor allem das laut Mills Angaben von Harriet verfasste Kapitel »Über die wahrscheinliche Zukunft der arbeitenden Klassen« meist als Beleg für seine und ihre sozialistische Gesinnung herangezogen wird. Die These liberaler und konservativer Autor:innen, wie zum Beispiel Hayek (1991: 391) oder Himmelfarb (1974), die die sozialistischen Anwendungen Mills vollkommen dem Einfluss seiner Frau zuschreiben, gilt heute jedoch als überholt (vgl. McCabe 2021: 249ff.).

Unwissenheit, namentlich aber die Selbstsucht und Brutalität der Massen fürchteten; doch ging unser Ideal von definitiver Verbesserung weit über die Demokratie hinaus und würde uns entschieden unter die Gesamtbezeichnung »Sozialisten« einreihen.« (AB: 188)

Damit offenbart Mill erstens, dass er ähnlich wie Tocqueville für eine Trennung der Demokratie vom Sozialismus eintritt – wenn auch (auf den ersten Blick) unter anderen Vorzeichen, denn für Mill ist es nach eigener Aussage der Sozialismus, den er gegenüber der Demokratie zu bevorzugen scheint. Zweitens wirft das Eingeständnis, »viel weniger Demokrat« geworden zu sein, die Fragen auf, wie sehr er vorher Demokrat war, wie sehr er es nach dem Wandel noch ist und vor allem, was er überhaupt unter »Demokratie« versteht. Mill bekennt diesbezüglich einige Seiten zuvor, ebenfalls im Anschluss an Tocqueville, anstelle der »reinen Demokratie [...] die modifizierte Form derselben« (AB: 155) zu favorisieren.<sup>10</sup> Das obige Zitat spiegelt mit dem Fokus auf die Begriffe »Demokratie« und »Sozialismus«, der Betonung der Rolle von Bildung und der Furcht vor dem politischen Einfluss der »Massen« auf idealtypische Weise die Grundpfeiler und die Widersprüche<sup>11</sup> von Mills politischem Denken wider. Diese werden, wie ich im Folgenden zeigen werde, besonders in seinen institutionenpolitischen Positionierungen deutlich.

Mill gilt als einer der Protagonisten der Entstehung der liberalen Demokratietheorie. Wenn man Macphersons Aussage, dass diese für eine in Klassen gespaltene Gesellschaft entworfen wurde (vgl. Macpherson 1983: 19), ernst nimmt, dann versprechen seine Schriften auf paradigmatische Weise den gesellschaftlichen Transformationen und den damit verbundenen Konflikten seiner Zeit in einer spezifisch »liberalen« Art Rechnung zu tragen: Historisch war Mill Zeuge des Siegeszugs der Industrialisierung, der in Großbritannien bereits seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts seinen Anfang nahm. Technische Innovationen wie die Dampfmaschine ermöglichten nicht nur eine Vervierfachung der Wirtschaftsleistung von 1750 bis 1850, einen Zuwachs an individuellem Konsum in

10 Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, dass der Mill oft zugeschriebene Status als Wegbereiter der Demokratie in der Forschung weiterhin umstritten ist. Für diese Zuschreibung argumentieren etwa Baum (2003), Urbinati (2002), dagegen z.B. Kahan (1992), Conti (2021), Burns (1957a, 1957b) und Kern (1972). Selbst Autor:innen, die für eine demokratische Lesart Mills plädieren, gestehen ein, dass der besonderen Form der Demokratie, für die Mill steht, der *liberalen* Demokratie, ein Widerspruch zugrunde liegt: Laut Urbinati legt Mills politisches Denken den Blick auf die für repräsentative Regierungen zentrale Dialektik frei, die sich aus der Spannung von Liberalismus und Demokratie ergebe (vgl. Urbinati 2002: 13). Auch Baum stellt eine ähnliche Widersprüchlichkeit fest (vgl. Baum 2003: 420f.), ebenso auch Turner (2010).

11 Nicht zu verwechseln mit dem zentralen Widerspruch des philosophischen Werks, dem »Mill-Problem« (vgl. dazu Schefczyk 2011).

breiteren Bevölkerungsschichten und eine rasante Bevölkerungszunahme, sondern bewirkten auch tiefgreifende Transformationen in der Sozialstruktur. Durch die Bevölkerungszunahme und die *enclosures* waren große Teile der Landbevölkerung zur Abwanderung vom Land in die Städte gezwungen, um dort eine Anstellung zu finden (vgl. Niedhart 1996: 15–24). Seit den 1820er Jahren ist infolgedessen von gesellschaftlichen »Klassen« die Rede, die sich nach ihrer sozialen Stellung in dieser neuen, modernen Gesellschaftsformation richten: Während der Adel zunächst weiterhin seine ökonomische und vor allem politische Vormachtstellung behaupten konnte (ebd.: 39ff.), begann das Bürgertum, auch als »Mittelklassen« bezeichnet, zu diesem ökonomisch in ernst zu nehmende Konkurrenz zu treten.<sup>12</sup> Durch die erhöhte unternehmerische Aktivität des Adels und die damit einhergehende wirtschaftliche Interessenidentität der Mittel- und Oberklasse verlief diese Entwicklung im Vergleich zum revolutionären Frankreich von 1789 weitestgehend friedlich (vgl. Pollard 1979: 40f.). Sie erzeugte aber zugleich stärkere Spannungen mit den arbeitenden Klassen,<sup>13</sup> die sowohl auf dem Land als auch in den industriellen Zentren vom Empfang eines Arbeitslohnes abhängig waren, der ihnen in vielen Fällen kaum das eigene Überleben garantieren konnte.<sup>14</sup> Soziale Proteste, die Entstehung von Gewerkschaften, Streiks und auch politische Forderungen im engeren Sinne, allen voran nach der Ausweitung des Wahlrechts, waren die Folge. In England waren es zu Mills Lebzeiten allen voran die *Chartisten*, die die Forderungen nach sozialen und politischen Rechten in ihrem Programm vereinten. Diese neuen gesellschaftlichen Konflikte machten besonders für das aufstrebende Bürgertum neue Mittel zur Erhaltung des inneren Friedens erforderlich.<sup>15</sup> Die »liberale Demokratie« nach Macpherson sollte nach der Ansicht von Autoren wie John Stuart Mill mittels der prinzipiellen Integration aller Klassen in das politische Leben zu einer Harmonisierung der Klassenkonflikte beitragen.<sup>16</sup>

Anhand von Mills institutionentheoretischen Überlegungen werde ich die These vertreten, dass er Institutionen in seiner Theorieentwicklung und infolgedessen auch in seiner politischen Praxis, einen zentralen Stellenwert zuweist. Obwohl er

12 Der Unterteilung der Einkommensquellen nach Smith, Ricardo und Marx (Landzins, Profit und Arbeitslohn) entspricht dabei die Klassenzugehörigkeit (Grundbesitz/Adel, Kapitalisten, Proletariat) (vgl. Pollard 1979: 39).

13 Ich verwende in diesem Teil diesen Begriff anstatt der »unteren Klassen«, weil Mill selbst in der Regel von »working classes« spricht.

14 Nach wie vor eindrücklich sind dazu die Schilderungen von Engels in *Die Lage der Arbeitenden Klassen in England* (vgl. MEW 2: 225–506). Für einen Überblick über die liberalen Antworten auf den Pauperismus in dieser Zeit siehe Metz (1985).

15 Arneson spricht in diesem Zusammenhang bei Mills Demokratietheorie nicht von einem partizipatorischen, sondern von einem »Ruhe-und-Frieden-Modell« (Arneson 1987: 91).

16 Siehe dazu Macpherson (1983: 19f., 65), Held (2009: 88) sowie mit Fokus auf Institutionen Bermbach (1986: 336).

sich dezidiert für die Erweiterung der Partizipationsmöglichkeiten der arbeitenden Klassen ausspricht, sind diese zugleich am stärksten von den von ihm vorgesehenen Einschränkungen gleicher und effektiver Partizipation betroffen. Dies passt insofern zu seinen Annäherungen an sozialistische Positionen, als dass diese eher ein Lippenbekenntnis und bestenfalls ein Ideal für die ferne Zukunft darstellen sollten. Selbst wenn man Mills Selbstbezeichnung als Sozialisten ernst nimmt, führt seine Distanzierung von den demokratischen Prinzipien der gleichen und effektiven Partizipation zu einer Entpolitisierung des Weges zum Sozialismus: Mit Blick auf die Vorstellung einer parlamentarischen Mehrheit der »unteren Klassen«, die sozialistische Programmatiken politisch umsetzen könnte, befürchtete Mill in erster Linie die Gefahr einer »Klassengesetzgebung« der *Ungebildeten*, die seiner Auffassung nach durch institutionelle Vorkehrungen gebannt werden sollte.

Zunächst werde ich im Folgenden einen Einblick in die zentralen Aspekte und den Forschungsstand in Bezug auf Mills Demokratietheorie geben. Dabei hebe ich insbesondere den elitären Charakter von Mills Vorstellung einer »modifizierten Demokratie« hervor und zeige, wie er die Demokratisierung in eine breitere Vorstellung von historischem Wandel einordnet. Darauf folgt eine Darstellung von Mills institutionentheoretischen Überlegungen inklusive der zentralen Aufgaben, die er politischen Institutionen in der modernen Gesellschaft zuschreibt. Anschließend arbeite ich den Doppelcharakter des Bildungsbegriffes bei Mill heraus, der durch Institutionen sowohl als *gatekeeper* als auch als volkserzieherische Zielvorstellung wirkt: Bildung ist bei Mill einerseits Kriterium für das Recht zu politischer Partizipation, andererseits sollen politische Institutionen zur Bildung der Gesellschaft, vor allem der »unteren Klassen« beitragen. Im Anschluss daran werden die vor diesem theoretischen Hintergrund von ihm erarbeiteten Vorstellungen zur Institutionalisierung der Demokratie vorgestellt. Dazu gehören allen voran das Wahlrecht, insbesondere Mills Kommentare zur Ausweitung und Einschränkung desselben wie auch seine Vorschläge zu bestimmten Wahlverfahren wie des Pluralwahlrechts (*plural voting*) oder des Proportionalwahlrechts (*proportional voting*). Eine oft als von Mill vernachlässigt angesehene Institution, die politische Partei, wird im Anschluss inklusive der politischen Ambitionen und Zielen, die er mit ihr verbindet, vorgestellt. Einen weiteren Schwerpunkt der Untersuchung stellt die Institution des Parlaments dar, die hier insbesondere hinsichtlich ihrer Aufgabenbeschreibung durch Mill, seiner Kritik der Mandatsbindung der Abgeordneten sowie seiner Vorstellungen zur sozialen Zusammensetzung dargestellt wird – dessen Bedeutung zugleich aber, wie der darauffolgende Abschnitt zeigen wird, mit der Einführung einer zweiten Kammer relativiert wird. Schließlich werde ich auf die Partizipationsmöglichkeiten eingehen, die Mill in lokalen politischen Institutionen sieht.

## 1 Liberale Demokratietheorie in der Klassengesellschaft

Mills Einordnung in die liberale Denktradition ist weitgehend unstrittig.<sup>17</sup> Was hingegen die spezifische Art des Mill'schen Liberalismus angeht, ist das Bild weniger klar: Bei Kahan (1992) gilt Mill als Vertreter eines »aristokratischen Liberalismus«; Miller (2000) rückt Mills Vorstellungen unter dem Stichwort des »civic liberalism« in die Nähe kommunaristischer Ideen; Höntzscher (2010) sieht bei Mill einen »sozialen Liberalismus«, der auf der Betonung der sozialen Grundlagen der Freiheit beruhe (vgl. ebd.: 15ff., 216). Baum (2007) wiederum übernimmt zwar Mills Selbstbezeichnung als »Sozialist«, dennoch ist der Mill'sche Sozialismus für ihn ohne Zweifel ein *liberaler*. Auch Mills Stellung im Kanon der modernen Demokratietheorie steht angesichts der Einträge in der einschlägigem Überblicksliteratur nicht in Frage (vgl. Held 2009, Schmidt 2019, Buchstein et al. 2021). Für einen Großteil der Interpret:innen steht fest, dass Mill überzeugter Demokrat war,<sup>18</sup> einige andere sehen in Mills Demokratietheorie gar eine Radikalität, die sie mit zeitgenössischen *linken* demokratietheoretischen Strömungsbezeichnungen in Verbindung bringen.<sup>19</sup> In diesem Sinne wird er auch als Vertreter einer »Wirtschaftsdemokratie« gesehen.<sup>20</sup> Wenn Mill dennoch Kritik an gegenwärtigen Formen und Theorien der Demokratie übt, so Varouxakis, stehe fest, dass er dies »as an ardent friend who wanted it to make the most of itself, not as a crypto-antidemocrat« (Varouxakis 2017: 469) tue.

- 
- 17 Siehe dazu etwa Schapiro (1943: 151), Eisenach (1999: 2), Macpherson (1983), Holmes (1997), von Beyme (2013) und Kelly/Varouxakis (2010). Selbst diejenigen Interpret:innen, die Mills Selbstbezeichnung als Sozialisten folgen, sprechen ihm das »Liberale« nicht ab: Er ist dann für sie ein »Marktsozialist« (Riley 1996) oder liberal-demokratischer Sozialist (Baum 2007). Wenn Mill trotzdem eine Distanz zu »liberalen« Positionen zugeschrieben wird wie bei Conti (2021), dann liegt dem meist eine andere Vorstellung des Liberalismus (bei Conti der »heutige« real existierende, vgl. ebd.: 380) zugrunde. Das viel diskutierte »John Stuart Mill-Problem«, das als Unvereinbarkeit von seinen liberalen und utilitaristischen Prinzipien gesehen wird, widerspricht dieser Einordnung nur, wenn »liberal« als gleichbedeutend mit »libertär« verstanden wird (vgl. Schefczyk 2011, zu Mills Abgrenzung vom Libertarismus vgl. Höntzscher 2011).
- 18 Urbinati schreibt Mill beispielsweise einen essenziellen Beitrag zur Schaffung der modernen Vorstellung von Demokratie zu, indem er die Athenische Vorstellung derselben in seine Zeit überführt habe (vgl. Urbinati 2002: 5). Zakaras bezeichnet Mills sozial grundiertes Konzept der Individualität als Grundlage für das Funktionieren demokratischer Prozesse (vgl. Zakaras 2007: 219).
- 19 Für Baum (2003) gilt Mill als »radikaler Demokrat«, Arlen (2022) sieht in Mill gar einen Verfechter einer »plebejischen« Demokratiekonzeption.
- 20 So sieht in den 1970er Jahren bereits Pateman (1970) in Mill einen Befürworter einer partizipatorischen Demokratie, die die Mitbestimmung der Bürger:innen auf den Arbeitsplatz erweiterte. Ashcraft geht so weit, Mill die Favorisierung einer »democratic socialist society« (Ashcraft 1998: 189) zuzuschreiben, Medearis (2005) sieht in Mills Schriften eine demokratische Kritik des Privateigentums.

Insgesamt herrscht jedoch Uneinigkeit in der Frage, ob Mill überhaupt als *Demokrat* bezeichnet werden kann. Vor diesem Hintergrund ist es naheliegend, dass Mill zumindest eine ambivalente, wenn nicht gar eine ablehnende Haltung gegenüber der Demokratie zugeschrieben wurde: Höntzsch sieht Mill im Anschluss an Robson (1968: 224) in erster Linie als Demokraten, dessen Vorstellung darüber, was demokratisch sei, sich jedoch im Laufe seines Lebens geändert habe. Dies drücke sich in seinem Bekenntnis zur »modifizierten Demokratie« infolge der Abkehr von den demokratischen Aspirationen der *radicals* aus – die modifizierte Demokratie stünde dabei allerdings einigen zentralen Prinzipien der modernen Demokratie, wie dem Gleichheitsprinzip (»one man, one vote«) entgegen (vgl. Höntzsch 2010: 184). Ryan zufolge schwankt Mill Zeit seines Lebens »between an elitist pessimism and a more democratic optimism« (Ryan 1974: 141).<sup>21</sup> Längst nicht alle Autor:innen würden diese Verbundenheit Mills zur Demokratie bestätigen. Vielmehr gibt es eine breite Fraktion innerhalb der Sekundärliteratur, welche die antidemokratischen Elemente in Mills politischer Theorie hervorhebt. So argumentiert Kahan, dass Mill kein Demokrat war (vgl. Kahan 1992: 8), sondern Vertreter eines *aristokratischen Liberalismus* (vgl. ebd.: 4, siehe auch Conti 2021).<sup>22</sup> Für Smart ist Mills Demokratietheorie das »illiberalste« Element seines Gesamtwerks, weil er den meisten Menschen nicht zugestanden habe, ihre Zukunft politisch selbst zu gestalten. Mill habe seine verfassungstheoretischen Entwürfe deshalb so ausgerichtet, dass stets eine kognitiv überlegene Elite über das Wohl der Anderen befinden sollte (vgl. Smart 1990: 317, 323). Bartsch sieht in seiner marxistisch orientierten Interpretation von Mills politischer Theorie den Versuch, das Interesse der bürgerlichen Klasse als allgemeines festzulegen und damit den Fortbestand der kapitalistischen Ökonomie auf Dauer sicherzustellen. Demokratie sei dabei lediglich ein Mittel, der neuen bürgerlichen Mittelklasse eine politische Vorrangstellung zu sichern (vgl. Bartsch 1982: 16f., 210). Grollios kommt in ähnlicher Weise zu dem Schluss, dass Mill nicht als Demokrat zu bezeichnen sei, weil er die sozialen Aspekte des Demokratiebegriffs unterschlage – und seine Demokratietheorie damit, auf heutige Zeit übertragen, eine Lanze für neoliberalen Politikvorstellungen breche (vgl. Grollios 2011: 884f.).

Einige Forscher:innen begründen ihre Skepsis gegenüber Mills Einordnung als Demokraten anhand der von ihm favorisierten politischen Institutionen: So stellt Duncan zwar fest, dass Mill zwar ernsthaft an einer bestimmten Form von Demokratisierung interessiert gewesen sei, aber selbst nach seinen eigenen Standards nicht eindeutig als Demokrat bezeichnet werden könne (vgl. Duncan 1973: 259). Dabei seien es vor allem seine konkreten Entwürfe politischer Institutionen, die sei-

21 Wenngleich die hier folgenden Untersuchungen von Mills Denken über politische Institutionen demzufolge in letztere Richtung weisen werden, wäre es nicht zutreffend Mill, gänzlich in die Ecke der »Antidemokraten« zu stellen (vgl. Thompson 1976).

22 Eine ähnliche Argumentation verfolgt Conti (2021).

ne Einordnung als Demokraten infrage stellten (vgl. ebd.: 263). Zu diesem Schluss kommt auch Burns in seiner detailreichen Nachzeichnung von Mills institutionenpolitischem Denken (Burns 1957b: 294, siehe auch Burns 1957a), die bis heute nicht an Aktualität verloren hat. Auch Arneson konstatiert bei Mill vor allem in dessen Betrachtungen über politische Institutionen paternalistische und antidemokratische Tendenzen (vgl. Arneson 1987: 79f.). Bevor die Institutionalisierung gleicher und effektiver Partizipation in den einzelnen institutionenpolitischen Entwürfen und Interventionen Mills geprüft wird, sollen im Folgenden aber noch die theoretischen und politischen Rahmenbedingungen geklärt werden, die seinen Demokratiebegriff prägen: Mills intellektuelle Entwicklung von einem Verfechter der Ideale der *radicals* zum Vertreter einer »modifizierten« Form der Demokratie sowie seine Einordnung der Demokratie im geschichts- und zivilisationstheoretischen Rahmen, der seinem Denken über politische und soziale Fragen zugrunde liegt.

## 1.1 Der elitäre Charakter der »modifizierten Demokratie«

Den Anstoß für die Abgrenzung von den *radicals* und seine Distanzierung von der Demokratie ist für Mill die Auseinandersetzung mit den Schriften von Alexis de Tocqueville gewesen, die großen Einfluss auf die Entwicklung seines politischen Denkens hatte (vgl. Brady 1977: XIX).<sup>23</sup> Mill selbst beschreibt diesen von Tocqueville inspirierten Wandel in seiner Autobiographie als »einzige konsequente Gesinnungsänderung« (AB: 155) seines Lebens. Die Lektüre von Tocquevilles *Über die Demokratie in Amerika*, so Mill weiter, habe ihn zu einer Revision seiner grundlegenden politik- und institutionentheoretischen Überzeugungen inspiriert: Der »Übertragung des politischen Ideals von der reinen Demokratie [...] auf die modifizierte Form derselben« (AB: 155). So ändert sich Mills Einschätzung über die Gefahren, die von einer Regierung ausgehen können: Der Grund für die Notwendigkeit einer Modifizierung der Demokratie seien die Gefahren, die in der »Herrschaft der zahlenmäßigen

---

23 Zu den methodischen Gemeinsamkeiten und Unterschieden siehe auch Buchstein/Hummel (2016). Mueller (1956) bezeichnet Tocqueville, wenn auch nicht unwidersprochen (vgl. Pappé 1964: 229), als »Lehrer« Mills. Tocqueville hatte während seiner Englandreise von 1835 nicht nur vor dem Ausschuss des *House of Commons* über Wahlkorruption gesprochen, sondern auch zahlreiche Treffen mit englischen Politikern und Intellektuellen wahrgenommen. Dazu gehörten auch Treffen mit einer Gruppe der *radicals*, auf denen er Mill kennengelernt (vgl. Mayer 1988: 84–86). Die daraus entstehende Beziehung von Mill und Tocqueville zu charakterisieren, erweist sich als schwierig, da der persönliche Austausch trotz gegenseitiger Bewunderungsbekundungen auf einige wenige sporadische Briefwechsel beschränkt blieb: Der in den Begegnungen im Jahre 1835 übergesprungene »intellektuelle Funke« entfachte aller Wahrscheinlichkeit nach »nicht viel mehr als ein kurzes Strohfeuer« (Buchstein/Hummel 2016: 226) zwischen den beiden.

Mehrheit« (AB: 156) in der Demokratie bestünden.<sup>24</sup> Dementsprechend unterscheidet Mill fortan eine »wahre« von einer »falschen« Vorstellung der Demokratie: »Die Idee einer vernünftigen Demokratie besteht nicht darin, dass das Volk selbst regiert, sondern dass es eine *Sicherheit* besitzt, gut regiert zu werden.« (AW 4: 123, Herv.i.O.) Wie Tocqueville hält zwar auch Mill den Siegeszug der Demokratie für unausweichlich. Doch anstatt diesen nach Kräften zu unterstützen, fokussiert er sich nach Tocquevilles Vorbild auf die Abmilderung der vermeintlich schlechten Tendenzen der Demokratie (vgl. AW 4: 101) – ganz im Sinne von Tocquevilles Ziel, dass Demokratie, »wenn sie kommt, in dieser vorteilhaften Gestalt kommt« (AW 4: 102). Kurzum: Nachdem Mill vor seinem Wandel noch die Auffassung der *radicals* um seinen Vater James Mill und Jeremy Bentham vertrat, dass die größte Gefahr von einer regierenden Minderheit ausgehe (vgl. Hamburger 1965: 40ff.), sieht er sie nun vor allem in der Herrschaft einer bestimmten *Mehrheit*.

Doch worin bestehen die Positionen der *radicals*, und wie begründet Mill seine Distanzierung? »Radicalism« gilt als Bezeichnung für eine Denkströmung, deren Grundüberzeugungen in einer »fusion of universal suffrage, Ricardian economics and programmatic atheism« (Clark 2007: 241) bestanden. Wie Mill in seiner *Autobiographie* rekapituliert, war er bis zu seiner »seelischen Krise« Mitte der 1820er Jahre von den Doktrinen der *radicals* überzeugt. So übernahm er zunächst die Vorstellungen des Bentham'schen Utilitarismus. Doch während dieser in erster Linie von einer egalitären Konzeption des Glücks ausging, machte John Stuart Mill die Vorstellung einer »higher morality« zum Grundkriterium des eigenen Utilitarismus: Sein Vorwurf an Bentham lautete, dass dieser nicht in der Lage gewesen sei, die moralische Fähigkeit und den Willen zur Vervollkommnung als Bestandteil der menschlichen Natur anzusehen (vgl. AW 3.1: 143f.) – mit weitreichenden Folgen für Mills politische Theorie.

Politisch kann die Stoßrichtung von Bentham und James Mill am besten als anti-aristokratisch bezeichnet werden (vgl. Hamburger 1965: 31). Die geheime Wahl, kürzere Legislaturperioden und allen voran das allgemeine Männerwahlrecht waren für sie die wichtigsten Mittel, den aristokratischen Schichten die Vorherrschaft in Regierung und Verwaltung zu entreißen (vgl. ebd.: 30). Vor allem warfen sie diesen die Verfolgung »sinistrer« Interessen vor, worunter sie bestimmte Partikularinteressen verstanden, für die sie die Staatsmaschinerie zum Zweck der eigenen Vorteilsnahme instrumentalisierten (vgl. Rinderle 2009: 182, Hamburger 1965: 40ff.). In seiner Autobiographie bezieht sich Mill auf seinen Vater in diesem Zusammenhang als jemanden, der »opinions of extreme democracy« (CW I: 6) vertreten habe. Mill schreibt auch Bentham die Strategie zu, mit der numerischen Majorität der Bevölkerung ein Korrektiv gegen die sinistren Interessen der Regierung in Stellung zu bringen (vgl. ebd.: 160f.). Für Mill ist nun aber gerade diese Majorität und die

24 Zur Entwicklung von Mills frühem politischem Denken siehe Burns (1957a).

Gefahr ihrer uneingeschränkten Herrschaft das Problem. Das Konzept der *radicals* würde seiner Auffassung nach nicht dem moralischen Ziel der menschlichen Vervollkommnung Rechnung tragen – bestünde doch die Mehrheit in erster Linie aus »ungelernten Arbeitern« (AW 3.1: 161). Dies würde nämlich dazu führen, »einen engherzigen und niedrigen Typus der menschlichen Natur allgemein und dauernd zu machen und jeden Einfluss zu erdrücken, der auf eine weitere Vervollkommnung des sittlichen und geistigen Lebens der Menschheit hinwirkt« (ebd.: 161). Mit anderen Worten: Der Mehrheit mangele es gerade an jener Fähigkeit zur Vervollkommnung, die Mill für die positive Entwicklung der Menschheit als zentral erachtet. Die Menschen seien dagegen besser beraten, wenn sie sich auf die Weisheit jener stützten, die ihnen an Erfahrung überlegen seien.<sup>25</sup> Wie Letwin zusammenfasst, ist Mills Ziel damit »exactly contrary to Bentham's. He meant to secure the leadership of those who knew better. Otherwise the human race could not progress to its ultimate perfection.« (Letwin 1998: 334)

Mill scheute sich dabei nicht, auch aus den Schriften konservativer Autoren wie Samuel Coleridge Inspirationen für seine neue Demokratiekonzeption zu gewinnen. Coleridge ergänzte Mill zufolge die Defizite Bentham's: Wem es gelänge, die gegensätzlichen Methoden und Prämissen beider zu kombinieren, »würde die ganze englische Philosophie ihrer Zeit besitzen« (AW 3.1: 177). Am bedeutsamsten ist hier das von Coleridge formulierte Ziel der Bildung einer intellektuellen Elite (»clerisy«), das Mill weitgehend übernahm (vgl. Arneson 1987: 84, Duncan 1987: 46). Auf ihren Schultern, so Mill im Anschluss an Coleridge, könne eine »nationale Erziehung« gedeihen, die allein dazu in der Lage sei, sowohl den Bestand als auch den zukünftigen Fortschritt einer Gesellschaft zu sichern (vgl. AW 3.1: 203). Für Mill folgt daraus, »dass die große Masse der Menschheit der Leitung durch eine der ihrigen überlegene Einsicht und Tugend bedarf« (AW 3.1: 181). Während Coleridge hier vor allem eine »natürliche«, erbliche Aristokratie vor Augen hat, distanziert sich Mill von dieser starren Ausrichtung auf die Herkunft (vgl. AW 3.1: 181f.).<sup>26</sup> In *Über die Freiheit* bringt

- 
- 25 Analog dazu verläuft Mills Modifizierung des Bentham'schen Utilitarismus, die als eine der philosophischen Begründungen seiner positiven Sicht auf starke Eliten gelten kann. In der Schrift *Utilitarismus* betont Mill, dass seiner Vorstellung das größtmögliche Glück nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ zu bestimmen sei: »Der Prüfstein der Qualität wie auch die Regel, nach der sie gegen Quantität abgewogen wird, ist dabei die Präferenz derer, die, von ihren besonderen Erfahrungen begünstigt und überdies zur Selbsterkenntnis und Selbstbeobachtung geschult, über die besten Vergleichsmöglichkeiten verfügen.« (AW 3.1: 455) Damit wird den überdurchschnittlich »Gebildeten« in der Gesellschaft nicht nur eine politische Privilegierung eingeräumt, sondern auch ihr Lebensstil und die damit verbundenen Glücksvorstellungen als überlegen und wünschenswert deklariert.
- 26 Dass Mill hier vor allem die Mittelklassen als Trägerschicht vor Augen hat, werde ich im Kapitel zur Institution der Partei insbesondere anhand des Traktats *Reorganization of the Reform Party* darlegen.

er dagegen die intellektuelle Originalität und Überlegenheit als Kriterium für die Zugehörigkeit zu dieser Gruppe in Stellung. Die »unteren Klassen« sollten von diesen »entwickelten Menschenwesen« (ÜF: 93) lernen. Mit anderen Worten: Es braucht eine intellektuelle Elite, die in der Lage ist, die »Masse« zu »bilden« (vgl. West 1965: 129–134). Diese Elite solle die Einführung neuer Bräuche, Lebensgewohnheiten, Wahrheiten und Vorlieben gewährleisten: »[D]iese wenigen sind das Salz der Erde, ohne sie würde das Leben ein trockener Pfuhl werden« (ÜF: 93).

Diese Positionierung bildet die Grundlage für die von Tocqueville inspirierte Umdeutung<sup>27</sup> seiner Demokratievorstellung. In seiner Rezension des ersten Bandes von Tocquevilles *Über die Demokratie in Amerika* schreibt Mill ganz in diesem Sinne: »Das Interesse des Volkes ist, die gebildetsten und fähigsten Personen, die zu finden sind, als seine Herrscher zu wählen« (AW 4: 125)<sup>28</sup> und formuliert anderer Stelle die Devise: »The intelligent classes lead the government, & the government leads the stupid classes.« (CW XII: 27f.) An diesen Stellen tritt der elitäre Charakter von Mills Demokratietheorie deutlich hervor. Dieser äußert sich, wie ich in den folgenden Abschnitten zeigen werde, auch in seiner Institutionenpolitik. Doch es wäre nicht ganz zutreffend, Mills Demokratietheorie auf diesen Aspekt zu reduzieren. Denn Mill strebt zugleich an, diese Positionen in seine zivilisationstheoretischen und geschichtstheoretischen Betrachtungen einzubringen, die von einem durchaus progressiven Grundton geprägt sind.

## 1.2 Demokratie und Zivilisation

John Stuart Mills Schriften zu Politik, Ökonomie und zivilisatorischer Entwicklung sind vor allem in den späteren Schriften von einem optimistischen Blick auf die Zukunft geprägt.<sup>29</sup> Insbesondere im Hinblick auf die Demokratisierung und die materielle und intellektuelle Entwicklung der arbeitenden Klassen erwartet Mill große Fortschritte. Seine optimistische Haltung bringt er in seiner Rede an die Studierenden der schottischen Universität St. Andrews im Jahre 1867 auf den Punkt:

27 Zur genauen Abfolge der Änderungen von Mills Positionen siehe Burns (1957a, 1957b).

28 Auch wenn an dieser Stelle davon ausgegangen werden kann, dass Mill hier nur Tocquevilles Position wiedergibt, schließt er sich dieser im Folgenden an (siehe dazu AW: 134).

29 In den 1830er Jahren waren hingegen noch pessimistischere Töne Mills zu vernehmen. Im 1836 erschienenen Artikel *Zivilisation* sieht Mill in der gesellschaftlichen Entwicklung noch keinen Fortschritt in der Bildung, sondern vor allem eine Steigerung des Machtanspruchs der »unteren Klassen« (vgl. ZIV: 79). Was die höhere Bildung betrifft, schlägt er in Bezug auf die Ausbildung in den Universitäten eher pessimistische Töne an (ebd.: 81). Die späteren Schriften, wie seine Rede an der Universität von St. Andrews 1867 (vgl. AW 2: 299ff.) sowie das Kapitel zur Zukunft der arbeitenden Klassen (sowie der gesamten dritten Auflage der *Prinzipien der politischen Ökonomie* von 1852, vgl. Claeys 2022: 55), sind von einer optimistischen Sicht auf den zu erwartenden gesellschaftlichen Fortschritt geprägt.

»All true political science is, in one sense of the phrase, à priori, being deduced from the tendencies of things, tendencies known either through our general experience of human nature, or as the result of an analysis of the course of history, considered as a progressive evolution.« (CW XXI: 237)

Der Gang der Geschichte stellt sich für Mill als Evolution von Fortschritt dar. Motor und Anzeichen für diesen Fortschritt sei die menschliche Tendenz, nach Vervollkommnung zu streben. Mill geht davon aus, dass sich das Ausmaß menschlichen Wissens und die Qualität der Moralvorstellungen von Generation zu Generation steigere. Zentral für diesen Prozess sei jedoch die Entwicklung des Individuums, die durch die Adaption und Verbesserung des vorhandenen menschlichen Wissens die moralische Entwicklung der Menschengattung vorantreibe (vgl. Robson 1968: 140). Das gilt in Mills Augen für die gesamte Gesellschaft: So traut er auch den von ihm sonst vielfach als zurückgeblieben und intellektuell unterentwickelt beschriebenen Mitgliedern der arbeitenden Klassen zu, an diesem Prozess teilzuhaben oder ihn gar mit anzutreiben.

Diese Position, wie auch die ökonomische und soziale Entwicklung der Gesellschaft insgesamt, wird am deutlichsten in dem Buchkapitel *Über die wahrscheinliche Zukunft der arbeitenden Klassen*. In dem als Standardwerk der modernen politischen Ökonomie geltenden *Prinzipien der politischen Ökonomie* nimmt dieses Kapitel eine Ausnahmestellung ein.<sup>30</sup> In Bezug auf die Positionen zur Ökonomie im engeren Sinne scheint das Werk vor allem durch eine Neuformulierung ricardianischer Ideen charakterisiert (vgl. Claeys 2022: 53). Doch besonders in der dritten Auflage, der insgesamt eine starke Beeinflussung durch Harriet Taylor zugeschrieben wird, gibt sich Mill optimistisch, dass die Gesellschaft zu einer zukünftigen »Vervollkommnung« in der Lage sei, die gar die Umsetzung sozialistischer Ideen machbar und wahrscheinlich erscheinen lässt (vgl. Claeys 2022: 35). Der Text ist von einem starken Grundoptimismus durchzogen, wie Mill ihn an wenigen anderen Stellen offenbart. Zunächst stellt er fest, dass sich die intellektuellen Fähigkeiten der arbeitenden Klassen so weit fortentwickelt hätten, dass eine Unterordnung unter den Paternalismus des Adels und Bürgertums für sie nicht mehr akzeptabel erscheine:

»Diese Frage war entschieden, als man sie lesen lehrte und ihnen Zeitungen und politische Abhandlungen zugänglich machte, als man zuließ, dass Wortführer der

---

<sup>30</sup> Das hat auch die Einordnung in der späteren Mill-Forschung erheblich erschwert. Mill selbst bemerkt in seiner Autobiographie zwar, dass dieses Kapitel aus der Feder seiner Frau stamme (vgl. AB: 200), relativiert dies aber zugleich mit dem Verweis, dass in Bezug auf seine Schriften dieser Zeit insgesamt kaum zu unterscheiden sei, welcher Gedanke ihm selbst und welcher ursprünglich seiner Frau zuzuschreiben sei (vgl. ebd.: 196). Zur Diskussion um die Urheberschaft des Textes siehe auch Fußnote 107.

Opposition sich unter sie mischten. [...] Die arbeitenden Klassen haben die Vertretung ihrer Interessen selbst in die Hand genommen und zeigen in einem fort, dass sie die Interessen ihrer Arbeitgeber für nicht identisch mit den ihrigen, sondern ihnen entgegengesetzt halten.« (AW 3.2: 213)

Für Mill folgt daraus, dass man ihnen in Zukunft alle »Anweisungen, Ermahnungen und Belehrungen« (ebd.: 214) als Gleichgestellte zukommen lassen müsse. Er sieht in der zu erwartenden und teilweise bereits eingetretenen intellektuellen Entwicklung der arbeitenden Klassen weitere Vorteile. So würden sie durch die Fähigkeit, die Presse zu verfolgen, in ökonomischen Krisensituationen und Arbeitskämpfen die Sicht ihrer Arbeitgeber besser verstehen können und diesen gegenüber nachsichtig sein, da sie so in der Vergangenheit immer »die Ursachen des sie heimsuchenden Unglücks verstanden und wussten, dass ihre Arbeitgeber und die Regierung nicht daran schuld waren« (ebd.: 216). Während hier Mills Sympathien zugunsten der Arbeitgeber noch offensichtlich sind, schließt er für eine ferne Zukunft nicht aus, dass die Klassengegensätze verschwinden würden. So stellt er im weiteren Verlauf die Auflösung des Gegensatzes von Lohnarbeit und Kapital insgesamt in Aussicht (vgl. ebd.: 218).<sup>31</sup>

Sein allgemeines Verständnis der historischen Entwicklung legt Mill bereits im Aufsatz *Zivilisation* von 1837 dar. Zivilisation ist für Mill ein gesellschaftlicher Zustand, der von Kooperation gekennzeichnet (vgl. ZIV: 76) und damit »direktes Gegen teil zum rohen Naturzustand oder zur Barbarei« (ZIV: 74) sei. Hier spricht er vom *status quo* als einem Zustand der Zivilisation, verweist aber auch auf »den reißenden Fortschritt zu noch größeren Leistungen, in dem sie begriffen ist« (ZIV: 73). Dementsprechend ist der Text in weiten Teilen vom Glauben an den zivilisatorischen Fortschritt geprägt: dem »Übergang der Macht von einigen wenigen auf die breite Masse der Bevölkerung, die im Vergleich um Einzelnen immer bedeutsamer wird« (ZIV: 74). Hier hat Mill auch die arbeitenden Klassen vor Augen, geht aber stärker auf die politischen Auswirkungen ein, die mit ihrem Zuwachs an Einfluss verbunden sind – den Siegeszug der Demokratie:

»Der Triumph der Demokratie oder – mit anderen Worten – der Triumph der öffentlichen Meinung hängt nicht von der Ansicht irgendwelcher Individuen oder irgendeiner Klasse von Individuen darüber ab, ob sie diesen Triumph für wünschenswert halten oder nicht, sondern von den natürlichen Gesetzen des steigenden Wohlstands, von der Ausbreitung des Wissens und dem Fortschritt und der

<sup>31</sup> Daraus folgen für Mill zwei mögliche Konsequenzen auf dem Gebiet der Ökonomie: Entweder die Beteiligung der Arbeiterinnen und Arbeiter am Gewinn der Unternehmen oder deren Überführung in von ihnen selbst geführte Genossenschaften. Entscheidend ist hier aber, dass ihre Entwicklung eine habituelle Anpassung an die bürgerliche Klasse voraussetzt (vgl. Jörke 2021).

immer zunehmenden Erleichterung des menschlichen Verkehrs. [...] Selbst wenn die Institutionen, die den Fortschritt der Demokratie behindern, durch irgendein Wunder erhalten blieben, würden sie doch diesen Fortschritt höchstens verlangsamen.« (ZIV: 80)

Der Siegeszug der Demokratie als »Fortschritt« wird hier zum unhintergehbaren Naturgesetz erklärt, sodass ihre Durchsetzung, wie zuvor schon Tocqueville festgestellt hat, von keiner gesellschaftlichen Kraft mehr aufgehalten werden könne. So blieben im Umgang mit der Demokratie nur zwei Optionen, die jeweils davon abhingen, ob man »die Massen für reif [für die Demokratie] hält oder nicht« (ZIV: 80): So könne man einerseits die »Massen« auf ihrem Weg zur Macht gewähren lassen oder gar unterstützen. Wenn man sie jedoch noch nicht für reif zur Selbstregierung halte und gleichzeitig die natürliche Notwendigkeit ihres Machtzuwachses anerkenne, bliebe nur die Option, »alle Bemühungen darauf zu richten, zu ihrer Vorbereitung auf die Demokratie beizutragen« (ZIV: 80). Mills Befürwortung der Demokratie hängt also im Wesentlichen davon ab, ob er die Gesellschaft hinsichtlich ihres Bildungsgrades für fähig erachtet. Doch dabei ist nicht immer klar, inwiefern er sich auf die gegenwärtige oder auf die noch zu erwartende demokratische bzw. sozialistische Gesellschaft bezieht.<sup>32</sup>

Diese Spannung ist zum Teil in Mills Adaption der Geschichtstheorie der französischen Saint-Simonisten begründet. Für die Saint-Simonisten war der historische Verlauf von einer deterministischen Teleologie geprägt. Sie gingen von einer gesellschaftlichen Fortschrittstendenz aus, die sich auf einen vollkommenen Endzustand zubewege (vgl. Capaldi 2004: 79f.). Entscheidend ist für sie dabei im Einzelnen eine generalisierte Abfolge zivilisatorischer Stadien, die diesen Fortschritt antreibe. Mill übernimmt von ihnen in erster Linie die Vorstellung, dass der historische Prozess sich in »organische« und »kritische« Perioden aufgliedern lasse (vgl. CW XII: 42). Während der organischen Perioden sei die Gesellschaft von einer ideologiegestützten Stabilität geprägt. Die jeweiligen zivilen oder religiösen Glaubenssätze würden von nahezu allen Mitgliedern der Gesellschaft geteilt, was den sozialen und politischen Institutionen unangefochtene Legitimität verleihe (vgl. AB: 133). Sobald jedoch der Glaube an diese Grundüberzeugungen erschüttert werde, wie Mill am Beispiel der Reformation darlegt, breche ein »kritisches« Zeitalter an. Dabei würden die zuvor anerkannten Glaubenssätze radikal infrage gestellt und die gesellschaftlichen Institutionen auf Grundlage neuer Glaubenssätze umgestaltet, bis auf ihrer Grund-

---

32 Siehe dazu etwa die Uneinigkeiten um die historische Verortung der Empfehlung des Pluralwahlrechts zwischen Sarvary (1984), die es als transitionale Institution betrachtet und Miller (2003), der das Pluralwahlrecht als Teil der Mill'schen Utopie sieht (vgl. dazu auch McCabe 2021: 221 sowie Abschnitt 3.3).

lage wieder ein neues organisches Zeitalter anbreche (vgl. AB: 133f.). Entscheidend ist hier, dass Mill auch sein gegenwärtiges Zeitalter als kritische Periode ansieht.<sup>33</sup>

Insbesondere für die Autor:innen, die Mill als Demokraten begreifen, stellt sich die Aufgabe, Mills widersprüchliche Positionierungen zur Demokratie in Einklang zu bringen. Dazu wird oft auf Mills Geschichtstheorie zurückgegriffen, wobei die Demokratietheorie Mills als Konzept für eine Übergangsphase auf dem Weg zur gesellschaftlichen Vervollkommnung begriffen wird. Sarvasy, auf die diese Interpretation zurückgeht,<sup>34</sup> vertritt in diesem Zusammenhang die These, Mill sehe »his democratic theory within the context of his socialist commitment« (Sarvasy 1984: 568). Vor dem Hintergrund der fortschrittlichen gesellschaftlichen Entwicklung, die Mill in seinen Schriften beschreibe, seien die von ihm favorisierten politischen Institutionen auf eine Periode der gesellschaftlichen Transformation ausgerichtet, an deren Ende nicht weniger als ein demokratischer Sozialismus stehen solle (vgl. ebd.: 587).

Mills Überlegungen zu politischen Institutionen sind jedoch, anders als seine Hoffnungen und Voraussagen über den zukünftigen historischen Verlauf westlicher Zivilisationen, auf die Gegenwart gerichtet. Sie sind nicht für eine Gesellschaft in naher oder ferner Zukunft konzipiert, wo der allgemeine Bildungsgrad so hoch ist, dass Mill Demokratie für möglich hält. Das kann man daran festmachen, dass er in seinen Reden, Briefen oder auch in Form von parlamentarischen Reformvorschlägen seine Zeitgenossen von ihrer unmittelbaren Umsetzung überzeugen wollte. Im Vorwort der hinsichtlich der Befürwortung des zu erwartenden Fortschritts der arbeitenden Klassen radikalsten dritten Auflage der *Prinzipien der politischen Ökonomie* offenbart Mill außerdem entgegen dem sonst beschworenen Optimismus, dass er nach wie vor skeptisch bleibe, was den gegenwärtigen Stand und die Zukunftsaussichten dieses Fortschritts betreffe:

»The only objection to which any great importance will be found to be attached in the present edition, is the unprepared state of mankind in general, and of the labouring classes in particular; their extreme unfitness at present for any order of things, which would make any considerable demand on either their intellect or their virtue.« (CW II: XCII)

Was Ryan unspezifisch als Mills »wavering between an elitist pessimism and a more democratic optimism« (Ryan 1974: 141) bezeichnet hat, wird an dieser Stelle inhalt-

33 Ohne diese Begriffe direkt zu verwenden, deckt sich seine Beschreibung vom Übergang eines stabilen Zeitalters mit festen Glaubenssätzen und Autoritäten (Adel) hin zu einer Situation, in der auf vielen gesellschaftlichen und intellektuellen Ebenen große Veränderungen eingetreten sind, mit den Begriffen der Saint-Simonisten (vgl. CW XXII: 278f.).

34 Andere Autor:innen, die Mills Selbstbezeichnung als Sozialisten bestärken, haben dies aufgenommen, siehe dazu McCabe (2021).

lich konkret: Wie Corcoran gezeigt hat, ist sowohl das frühere als auch das spätere Denken Mills von starken pessimistischen Elementen geprägt. Während Mill stets an das Potenzial für zivilisatorischen Fortschritt glaubt, stellt er in seinen Analysen der englischen Gesellschaft fest, dass diese weit von dem dafür notwendigen Zustand entfernt sind (vgl. Corcoran 2019: 845). Mills Fortschrittoptimismus und seine Betrachtung der realen Gesellschaft treten so auseinander.<sup>35</sup> Zwar bleibt sein Denken von einem geschichtsphilosophisch inspirierten Fortschrittoptimismus geprägt. Doch gleichzeitig erscheint ihm die Gesellschaft vor allem hinsichtlich des Bildungsgrads der breiten Mehrheit der Bevölkerung noch weit von einem Zustand entfernt, der deren Inklusion in die Entscheidungsprozesse und Politik und Wirtschaft ermöglichen würde: »Die Menschheit muss sehr große Fortschritte machen, bevor wir eine Demokratie erhalten, die nicht durch den Mangel an weitsichtigen und aufgeklärten Anschauungen gekennzeichnet ist.« (AW 4: 140, vgl. GzP: 189) Hier zeigen sich die hohen Ansprüche, die Mill an die Bürgerinnen und Bürger einer zukünftigen Demokratie stellt – einer Demokratie, die er sich in der nahen Zukunft so noch nicht vorstellen kann (vgl. Höntzsch 2010: 185).<sup>36</sup> Mit Feststellungen wie der, dass Demokratie erst nach einem grundlegendem sozialem Wandel möglich sei (vgl. Duncan 1987: 45), tendiert Mill stattdessen dazu, seine politischen und sozialen Ideale in eine sehr ferne Zukunft zu projizieren (vgl. ebd.: 44).

Die politischen Institutionen Mills in einem Übergangsstatus zur gesellschaftlichen »Vervollkommnung« zu platzieren, ist vor allem im Hinblick auf seine institutionenpolitischen Äußerungen nicht überzeugend. Letztere richten sich, wie ich im Folgenden zeigen werde, als dezidiert politische Interventionen gegen die Forderungen der »unteren Klassen«. Diese traten etwa in Form sozialistischer Organisationen wie der Chartistenbewegung dafür ein, demokratische und sozialistische Transformationen auf Basis von breiter politischer Partizipation der arbeitenden Klassen umzusetzen. Liegt die Verwirklichung der Ziele nicht mehr in deren Hand,

- 
- 35 Koseleck hat diese für das moderne bürgerliche Denken und seine Beziehung zur (realen) Geschichte zentrale Denkfigur in *Kritik und Krise* herausgearbeitet: So habe eine spezifische Art bürgerlich-moralischer Kritik des absolutistischen Staates seit dem 18. Jahrhundert ein Zeitverständnis zur Folge gehabt, »das Zukunft und Vergangenheit auseinanderreißt« (Koseleck 1985: 7). Die im Absolutismus vom Bereich der Politik abgetrennte *moralische Kritik* werde dabei an eine Geschichtsphilosophie gebunden, deren Fortschrittoptimismus im Begriff der Utopie ihren Ausdruck findet. Diese Geschichtsphilosophie verdecke jedoch die aus dem Auseinandertreten von Politik und Moral entstehende *Krise*, indem Sie die Begründungen für politische Handlungen in einen prognostizierten historischen Verlauf projiziert (vgl. ebd.: 110). Mill bemüht aus einer optimistischen Lesart betrachtet ebenfalls eine Denkfigur, die der von Koseleck geschilderten Geschichtsphilosophie entspricht: Die Konsequenzen seiner Kritik an der Gesellschaft und ihrer Institutionen entsprechen der Verlagerung der zu verwirklichenden Gesellschaft in eine ferne Zukunft (»Utopie«).
- 36 Auch die Frage der Verwirklichung des Sozialismus schiebt Mill schiebt so in die Zukunft (vgl. Claeys 2022: 53).

sondern wird dem abstrakten, hypothetischen Lauf der Geschichte überlassen, ist es jedoch fraglich, was die Transformation jenseits eines vagen Fortschrittsoptimismus antreiben könnte. Zuvor lohnt es sich daher, näher auf die konkreten Aufgaben und Funktionen einzugehen, die Mill politischen Institutionen zuschreibt und an den jeweiligen Entwicklungsstand der Gesellschaft knüpft. Denn bei den Institutionen steht neben dem Bildungsaspekt die Verhinderung der »Klassengesetzgebung« durch die numerische Mehrheit der »unteren Klassen« an prominenter Stelle.

## 2 Theoretische und gesellschaftliche Grundlagen politischer Institutionen

Wenngleich es übertrieben wäre, von einer *allgemeinen Theorie* politischer Institutionen zu sprechen,<sup>37</sup> so hat Mill dennoch einige Gedanken zu diesem Thema geäußert. Sie geben Aufschluss darüber, was er unter politischen Institutionen versteht, wie sie entstehen und legitimiert sind sowie in welchen historischen und lokalen Kontexten sie bestimmte Funktionen und Aufgaben erfüllen. Die wichtigsten Eckpunkte seiner institutionentheoretischen Überlegungen legt Mill zu Beginn seines politiktheoretischen Hauptwerks *Über die Repräsentativregierung* dar. Hier versucht er einen Kompromiss zwischen den seiner Ansicht nach vorherrschenden Theorien zur Entstehung politischer Institutionen<sup>38</sup> zu finden: Weder begreift er diese in Burke'scher Tradition als historisch gewachsene und in diesem Sinne evolutionäre Einrichtungen (vgl. Burke 2019c: 136), noch geht er davon aus, dass sie im Sinne einer bewussten Konstruktion vom Menschen selbstständig entworfen und implementiert werden können (vgl. BR: 9f.). In beiden Ansichten stecke jedoch eine Wahrheit: Wie die politischen Institutionen einer Gesellschaft zu ihrer Gestalt gelangt seien, könne nicht ohne den Einfluss bewussten menschlichen Eingreifens in diese Entwicklung erklärt werden (vgl. BR: 11).<sup>39</sup> Institutionen sind also für Mill in gewissem Maße durchaus ein »Objekt freier Entscheidung« (BR: 17). Hier tritt der Idealismus von Mills institutionentheoretischen Überlegungen zutage, der zugleich eine elitäre Tendenz aufweist: Mill geht grundsätzlich davon aus, dass das »Handeln des Menschen [...] durch sein Denken bestimmt« (BR: 20) wird, beschränkt die Fähigkeit dazu aber auf einen kleinen Teil der Bevölkerung. Den Überzeugungen dieser Elite

37 Für Beispiele dieser Theorien siehe Waschkuhn (1987).

38 Mill selbst spricht hier allgemein von »Regierungsformen«. Gegenstand des auf diese einleitenden Kapitel folgenden Buches sind jedoch gerade viele jener in dieser Arbeit einleitend als politische Institutionen definierten Bestandteile dieser Regierungsformen, weshalb ich seine Äußerungen hier auf den Begriff der politischen Institutionen übertrage.

39 Für diese Interpretation spricht auch, dass Mill zwar politischen Reformen tendenziell positiv gegenübersteht, revolutionäre Ansätze aber strikt ablehnt (vgl. ÜS: 85ff.), siehe für Mills Angst vor der politischen Revolution auch Duncan (1987: 54).